

Warum die Vollgeld-Initiative dem Gewerbe schadet

Die Vollgeld-Initiative, über die wir am 10. Juni abstimmen, schlägt einen neuen Rahmen für das Geld- und Währungssystem in der Schweiz vor. Dieses wäre für die Wirtschaft schädlich, auch für das Zentralschweizer Gewerbe.

Von Lucas Zurkirchen

Die Schweizer Wirtschaft atmet auf. Der Franken kratzt momentan an der 1.20-Marke zum Euro. Unsere Exporte werden wieder günstiger, was die hiesige Wirtschaft stützt und die lokalen Arbeitsplätze sichert. Wie anders hat es doch vor wenigen Jahren noch ausgesehen! Befürchtet wurden Abwanderung, Abbau und Arbeitslosigkeit. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) musste für ihr Vorgehen viel Kritik einstecken. Schliesslich ging ihre Rechnung aber auf. Sie hat den Werkplatz Schweiz über die letzten Jahre nachhaltig gestärkt. Diese Entwicklungen haben uns allen aufgezeigt, wie wichtig eine eigene Währung und wie zentral die Rolle der SNB für die Wirtschaft und den Wohlstand unseres Landes ist.

BEWÄHRTES IN FRAGE GESTELLT

Die Vollgeld-Initiative will nun gerade dieses eingespielte System in Frage stellen. Die Initiative ist gegen das Interesse der Zentralschweizer Wirtschaft. Sie verlangt nichts weniger, als dass künftig keine Bank mehr Buchgeld schaffen darf, um Kredite zu vergeben. Sie greift somit direkt ins Herz der Banken, indem sie eine ihrer Hauptaufgaben – die Versorgung der Wirtschaft und Gesellschaft mit Krediten – verbieten will. Sie plant gleichzeitig, der Nationalbank gegen ihren ausdrücklichen Willen die volle Kontrolle über die Geldmenge auf-

zuzwingen. Elektronisches Geld, also Buchgeld, soll in Zukunft genauso wie Münzen und Noten zu 100 Prozent durch die SNB abgesichert sein. Die Initiative will darum alle Banken verpflichten, Zahlungskonten ihrer Kunden ausserhalb der Bilanz zu führen und das darauf liegende Geld nicht zu investieren. Mit dieser Idee wollen die Initianten Finanzmarktkrisen verhindern und sicherstellen, dass bei einer Bankenpleite keine Guthaben verlorengehen.

PRIVATE SIND GÜNSTIGER

Die Initiative begeht zudem zwei schwerwiegende Denkfehler: Indem man den Banken das Kreditgeschäft inkl. Hypothekengeschäft in der heutigen Form entzieht und dies zur SNB verlagert, geht man impliziert davon aus, dass die öffentliche Hand diese Aufgabe besser löst als die privaten Anbieter. Dies hat sich auf anderen Gebieten in der Vergangenheit immer wieder als Trugschluss erwiesen. In der Regel bieten Private ihre Produkte und Dienstleistungen am Markt günstiger, schneller und zu besserer Qualität an. Zudem verstehen die Initianten die Ur-Aufgabe der SNB nicht. Diese ist in erster Linie zuständig für die Preisstabilität in der Schweiz. Dafür braucht sie absolute Unabhängigkeit und totale Handlungsfreiheit. Müsste die SNB auch noch für die genügende Versorgung der Privathaushalte und der Unternehmen mit Krediten sorgen, könnte sie ihrer primä-

ren Aufgabe nicht mehr im selben Stil wie heute nachgehen. Zum Nachteil der ganzen Schweizer Wirtschaft.

HÖHERE GEBÜHREN?

Weiter ist zu befürchten, dass Schweizer Bürger mit höheren Gebühren rechnen müssten, da Banken nicht mehr mit dem Geld arbeiten könnten. Auch die Wirtschaft würde weiter leiden: Durch die Änderungen würde alles viel komplizierter und schwerfälliger als das heutige System. Kredite werden darum ein knappes und teures Gut. Weniger Kreditvergabe bedeutet weniger Investitionen, und dies gerade für das Gewerbe, das sich im Inland finanzieren muss. Dies ist schlecht für den Wirtschaftsstandort Schweiz und natürlich auch für die KMU-Landschaft in der Zentralschweiz. Die Vollgeld-Initiative entspricht einem Hochrisiko-Experiment, das in erster Linie für (ausländische) Ökonomen interessant ist. ■

Energiegesetz: «Den Fokus auf die Chancen legen»

Am 10. Juni kommt das kantonale Energiegesetz zur Abstimmung. Der KGL war anfänglich skeptisch und unterstützt nun die Vorlage, nachdem der Kanton einige Anpassungen vorgenommen hat. Ein Interview mit KGL-Direktor Gaudenz Zemp.

Von Alex Piazza

Gaudenz Zemp, am 10. Juni befindet das Luzerner Stimmvolk über das neue Energiegesetz. Der KGL befürwortet die Vorlage und sagt, man sollte auf die Chancen fokussieren. Wie meinen Sie das?

Beim Bau und Unterhalt der riesigen Kern- oder Gaskraftwerke kommen fast ausschliesslich die grossen Technologiekonzerne zum Zug, wie zum Beispiel ABB. Die künftige dezentrale Energieproduktion in viel kleineren Einheiten bringt mehr Arbeit für unsere KMU.

Zusätzlich bleibe mehr Geld im Kanton, sagen Sie.

Genau. Zurzeit fliessen allein aus dem Kanton Luzern jährlich gut 210 Millionen in die erdölproduzierenden Länder. Wenn es gelingt, einen Teil dieses Geldes im Kanton zu halten, so schafft dies Umsatzpotenzial für die einheimische Wirtschaft.

Die Gegner der Vorlage befürchten höhere Kosten. Sie nicht?

Wir haben über Jahrzehnte sozusagen über unsere Verhältnisse gelebt. Der CO₂-Ausstoss ist inzwischen ein existenzielles Problem. Wir brauchen hier eine Wende. In einem Unternehmen würde man von einem Turnaround sprechen. Dort würde man auch nicht erwarten, dass dieser ohne Zusatzaufwand und Kosten zu schaffen ist. Aber mittelfristig lohnt es sich. Davon bin ich überzeugt.

Der Kanton Luzern übernimmt viele Vorgaben von Bern. Ist das wirklich nötig?

Wir sind hier auf der Linie des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Dieser hat immer zurecht gefordert, dass die Kantone ihre Gesetzgebung soweit wie möglich aufeinander abstimmen. Denn viele KMU arbeiten über die Kantons- grenzen hinaus.

Der Kanton wird für Kontrolle und Registrierung zusätzliche Stellen schaffen. Das kann nicht im Interesse des Steuerzahlers sein.

Das ist keine juristische Frage, sondern eine Führungsaufgabe. Es liegt an der Regierung, keine unnötigen Kontrollapparate aufzubauen, sondern auf eine schlanke Umsetzung zu setzen. Gemäss Budgetierung des Kantons wurde dies bisher wunschgemäss umgesetzt. Aber man muss diesen Punkt sicherlich im Auge behalten. Die Gefahr ist zweifellos vorhanden.

Die Entwicklung geht aber schon jetzt ohne das neue Gesetz in die richtige Richtung.

Ja, hoffentlich. Innovative Unternehmen wollen auch im Energiebereich zeitgemässe Technik einsetzen und nachhaltig produzieren. Das Gesetz kann aber helfen, die schwarzen Schafe auf Linie zu bringen. Zusätzlich kann es die Entwicklung noch beschleunigen und das ist nötig.

Richtig begeistert vom Gesetz tönen Sie aber auch nicht.

Das Gesetz ist ein Kompromiss, der in einem langen politischen Prozess entstanden ist. Der KGL hat sich in diesen Prozess eingebracht. Die vorliegende Version ist das, was in Luzern politisch möglich ist. Deshalb sind wir pragmatisch und tragen die Lösung mit all ihren Vor- und Nachteilen mit. ■